

Rationierung offen legen

Die Bundesregierung will nicht nur den niedergelassenen Ärzten, sondern auch den Krankenhäusern vom kommenden Jahr an mehr Geld zur Verfügung stellen. Das hat Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) zu Beginn des 111. Deutschen Ärztetages in Ulm angekündigt. Unter anderem sollen so die Tarifierhöhungen für das Klinikpersonal finanziert werden; für zusätzliches Pflegepersonal soll ein neues – seiner Höhe nach noch unbestimmtes – staatliches Finanzierungsprogramm aufgelegt werden.

Verdeckte Rationierung

„Die Rationierung medizinischer Leistungen muss ein Wahlkampfthema werden, damit eine Diskussion nicht nur hinter vorgehaltener Hand, sondern in der Öffentlichkeit stattfindet“, warnte Professor Dr. Dr. h. c. Jörg-Dietrich Hoppe, Präsident der Bundesärztekammer (BÄK), die Ministerin. „Wir ertragen diese Rationierung seit über 20 Jahren. Aber das wollen wir nicht mehr“, kündigte der BÄK-Präsident in seiner Eröffnungsansprache an. Die verdeckte Rationierung mache sich unter anderem durch Personaleinsparungen und weniger Zeit für Patienten bemerkbar. „Wir müssen darüber diskutieren, auch damit die Bevölkerung sich darüber klar werden kann, ob sie nicht mehr Geld für die Gesundheitsversorgung ausgeben will“, sagte Hoppe. Das derzeitige Geschehen müsse man „als planwirtschaftliche Politik und Staatsmedizin bezeichnen“, so Hoppe. Was früher durch die Daseinsvorsorge sichergestellt gewesen sei, überantworte die Politik zunehmend dem Wettbewerb. Diesen könne man aber nicht mit der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung treiben. Freiberufler müssten jetzt mit profitorientierten Konzernen konkurrieren. Die Mildtätigkeit sei in diesem System gefährdet, Werbe- und Verkaufsstrategien seien dagegen auf dem Vormarsch. Hoppe mahnte auch eine Entscheidung über die Rolle der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) an. „Entweder man ist vollständig zuständig oder man entfernt den Sicherstellungsauftrag. Dann aber muss man sich überlegen, wie man diese Institution zukünftig behandeln will.“ Ein Gesetz zur Patientenverfügung sei nicht nötig, meinte Hoppe weiter. Die Rechtslage sei klar, nur nicht bekannt genug. Es gebe bereits eine Handrei-



Moderater Auftakt: Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) und BÄK-Präsident Professor Dr. Dr. h. c. Jörg-Dietrich Hoppe (v. li.).

chung zu ärztlicher Sterbebegleitung und Vorsorgevollmacht, die allen Ärzten zur Verfügung stehe und viel nachgefragt werde. Dort stünde alles drin, was wichtig sei.

Der Fonds kommt

Die anstehende Honorarreform werde mehr Geld für die ambulante medizinische Versorgung bringen – das versprach Ulla Schmidt. Mit dem neuen Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM) komme endlich eine transparente und kalkulierbare Ärztevergütung. Konkrete Zusagen machte die Ministerin jedoch nicht. Vielmehr ließen einige Aussagen auch Skepsis an der Absicht des Bundesgesundheitsministeriums (BMG) aufkommen, neue Milliardenbeträge in das Honorarsystem einbringen zu wollen. „Wir müssen uns auch die Frage stellen, ob es für das Gesundheitssystem mehr Geld geben muss – oder ob wir über eine andere Verteilung diskutieren sollten“, erläuterte Schmidt. Es sei alles andere als optimal, dass derzeit mehr Geld für die Arzneimittelversorgung ausgege-

ben werde als für die ambulanten ärztlichen Leistungen. Über steigende Beitragsätze seien in den vergangenen Jahren viele Milliarden zusätzlich in das System geflossen. Dabei sei die lohnbezogene Finanzierung aber keine zukunftsweisende Lösung. Schmidt forderte daher die Einbeziehung aller Einkünfte in die Beitragsberechnung. Sinnvoll sei auch, dass über die geplante Steuerfinanzierung rund 14 Milliarden Euro ins System kämen. „Eine Abkehr vom Solidarprinzip und eine Privatisierung des Systems ist aber mit mir nicht zu machen“, stellte sie klar. Schmidt lobte, dass es ab 2009 keine floatenden Punktwerte mehr gebe, sondern endlich eine Euro-Gebührenordnung, die auch die Vergütungsunterschiede in Ost und West beseitige. „Dies werde auch dem erhöhten Behandlungsbedarf in einigen Bereichen gerecht“, unterstrich sie. Die neue Verteilung und die Morbiditätsorientierung des Systems seien jedoch ausschließlich mit dem Gesundheitsfonds verbunden. „Der Fonds kommt – und wir brauchen ihn“, erklärte die Ministerin. Sie wertete den neuen Hausarztvertrag in Baden-Württemberg als einen „interessanten neuen



Präsident Dr. H. Hellmut Koch mit Vize Dr. Max Kaplan (v. re.) bei Beratungen auf dem BÄK-Präsidiums-Podium des 111. Deutschen Ärztetags in Ulm.

Weg", den sich jeder nun objektiv anschauen müsse. Viele Kritiker müssten erkennen, dass uns alte Wege manchmal nicht weiterbringen. Die Diskussion zur elektronischen Gesundheitskarte werde derzeit leider durch „falsche und unvollständige Darstellung" einiger Kritiker getrübt. Der Schutz der sensiblen Patientendaten sei im Gesetz verankert. Schmidt bedankte sich für das Engagement der beteiligten Ärzte in den Testregionen.

Starke ärztliche Selbstverwaltung

Die Ministerin für Arbeit und Soziales in Baden-Württemberg, Dr. med. Monika Stolz, hat sich in ihrer Eröffnungsrede zum 111. Deutschen Ärztetag in Ulm für eine starke ärztliche Selbstverwaltung ausgesprochen. „Wenn die Selbstverwaltung scheitert, haben wir die Staatsmedizin", so die Ärztin Stolz. Eine in Berlin festgelegte Gebührenordnung könne beispielsweise nie so gut sein, wie eine von der Ärzteschaft selbst erarbeitete. Daher sei es gut,

dass der neue EBM aus der Selbstverwaltung komme. Derzeit bewegten die Gesundheitsreform, der Gesundheitsfonds und die Honorarneuordnung die Gemüter. Eine Verschiebung der Neuregelungen werde es jedoch nicht geben, da es für Alternativen derzeit keine politischen Mehrheiten gebe. In vielen Details habe sie sich andere Lösungen gewünscht. So sei immer noch nicht dargelegt, wie die Finanzierungslage nach dem Fonds genau aussehe. Gerade in Baden-Württemberg und in Ulm sei der Gesundheitsbereich ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Er mache elf Prozent der Wirtschaftsleistung im Land aus, und seit dem Jahr 2000 seien die Arbeitsplätze in diesem Sektor um rund elf Prozent gestiegen.

Arbeitstagung und Ulmer Papier

Zum Tagesordnungspunkt 1 „Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik – Gesundheitspolitische Leitsätze der Ärzteschaft" kam es zu rund 60 Änderungsanträgen begleitet

von heftigen Debatten. Die 250 Delegierten verabschiedeten schließlich das „Ulmer Papier" mit zahlreichen Änderungen. „Die an sich notwendige medizinische Versorgung kann heute nicht mehr allen Patienten zur Verfügung gestellt werden. Rationierung findet statt" heißt es in den Leitsätzen, die im Internet unter www.bundesaerztekammer.de zum Herunterladen stehen. Darin enthalten sind ebenso „Vorschläge zur kurzfristigen Weiterentwicklung der Finanzgrundlagen der gesetzlichen Krankenversicherung". Zur „Situation pflegebedürftiger Menschen in Deutschland am Beispiel Demenz. Lebensqualität demenzkranker Menschen" referierten Professor Dr. phil. Andreas Kruse, Direktor des Instituts für Gerontologie der Universität Heidelberg, und BÄK-Vizepräsidentin Dr. Cornelia Goesmann zur „Betreuung pflegebedürftiger Patientinnen und Patienten – Neue Versorgungskonzepte: Forderung an Beteiligte, Politik und Gesellschaft". Kruse forderte eine „kritisch reflektierende Auseinandersetzung mit der Relation von fachlichen und ethischen Standards" und machte deutlich, dass die „aufeinander folgenden Kohorten älterer Menschen eine – im Durchschnitt – bessere Gesundheit zeigen". Diese Entwicklung werde mit „Kompression der Morbidität" umschrieben. Goesmann verlangte, „eine verstärkte Berücksichtigung demenzieller Erkrankungen im Rahmen von Aus-, Weiter- und Fortbildung aller Gesundheitsberufe". Der Ärztetag forderte mehr Finanzmittel für die Behandlung Demenzkranker. Neben den stationären Einrichtungen seien „ambulante Pflege, teilstationäre Angebote und betreute Wohngruppen stärker zu fördern und auszubauen". „Arztbild der Zukunft und Zusammenarbeit mit anderen Gesundheitsberufen" – so lautete Punkt 3 der Tagesordnung, zu dem Professor Dr. Jan Schulze, Präsident der Sächsischen Landesärztekammer, und Dr. Theo Windhorst, Präsident der Ärztekammer Westfalen-Lippe, die Eingangsvorträge hielten. Nach einer engagierten Debatte betonten die Delegierten in einer Resolution die Alleinstellungsmerkmale des Arztberufs im Gesundheitswesen, bekannten sich jedoch gleichermaßen zur medizinischen Versorgung als Teamaufgabe.

Zu den Auswirkungen der Telematik und elektronischen Kommunikation auf das Patient-Ärzt-Verhältnis referierten zu „Medizinische Telematik und Datenschutz", Dr. Thilo Weichert, Datenschutzbeauftragter des Landes



Verstärkte das Team der BLÄK am 111. Deutschen Ärztetag in Ulm: Vizepräsident Dr. Klaus Ottmann.

Schleswig-Holstein, und „Positionen zum Einsatz von Telematik im Gesundheitswesen“, Dr. Franz-Joseph Bartmann, Präsident der Ärztekammer Schleswig-Holstein und Vorsitzender des Ausschusses „Telematik“. Der Ärztetag hatte sehr engagiert die notwendigen Kriterien für den Datenschutz bei der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) diskutiert und den BÄK-Vorstand beauftragt, auf der Basis des Positionspapiers das Projekt eGK konstruktiv-kritisch zu begleiten.

Dr. H. Hellmut Koch, Präsident der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK) und Vorsitzender der Weiterbildungsgremien der BÄK, gab anschließend einen Sachstandsbericht zur (Muster-)Weiterbildungsordnung (M-WO). Dabei ging er unter anderem auf die Bundeseinheitlichkeit der Weiterbildung ein. Wörtlich sagte Koch, dass die WO „keine Aufgabe des föderalen Wettbewerbs, keine Spielwiese für Einzelinteressen und kein Austragungsort von Machtspielen sei“. Ebenso wenig könne sie „eine Lösung von Strukturproblemen“ bewirken oder auch zur „Erfüllung von Lebensträumen“ dienen.

Mit den Punkten Tätigkeitsbericht der BÄK, Berichterstattung über die Förderinitiative Versorgungsforschung, Bericht über die BÄK-Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 2006/2007, Bericht zum Jahresabschluss 2006/2007, Bericht über die Tätigkeit der Finanzkommission und die Prüfung der Jahresrechnung des Geschäftsjahres 2006/2007, Entlastung des Vorstandes und Haushaltsvoranschlag für das Geschäftsjahr 2008/2009 ging der 111. Deutsche Ärztetag zu Ende. 2009 findet der 112. Deutsche Ärztetag in Mainz und 2010 in Lübeck statt.

Dagmar Nedbal (BLÄK)

Eindrücke von bayerischen Abgeordneten

Die BLÄK stellt mit 39 Delegierten die zahlenmäßig stärkste Fraktion am Deutschen Ärztetag, wovon zwölf zum ersten Mal Teil des Ärzteparlaments sind. Das „Bayerische Ärzteblatt“ fragte fünf von ihnen nach ihren persönlichen Eindrücken.

■ „Die Eröffnung fand ich sehr beeindruckend, souverän von Seiten des Präsidenten, auch wenn ich nicht mit allen Punkten konform gehe, zum Beispiel mit der Finanzierung der Versorgungsforschung. Die Ministerin empfand ich auffallend unsicher und undetailliert. Auffallend ist auch, dass es hier am Ärztetag dominierende Gruppen gibt. Die Klinikärzte sind eindeutig ein Machtfaktor. Wir als Niedergelassene spielen die zweite Geige. Störend empfinde ich die auffallende Dissonanz zwischen BÄK und Kasernenärztlicher Bundesvereinigung.“

Dr. Wolf Neher, Ebenhausen

■ „Die Eröffnung war o. k., doch die beiden Reden von Ministerin und Präsident waren nicht nach vorne gerichtet, sondern rührten vielmehr im eigenen ‚Problembecken‘ und es fehlten visionäre Perspektiven. Die Arbeitstagung vermittelt den Eindruck, wie es wohl im Bundestag zugehen muss. Die Telematik-Debatte zeigte beispielsweise, dass zwar die Linie klar ist, die Geschwindigkeit jedoch gebremst werden muss. Oder anders gesagt: Das langsamste Molekül bestimmt die Geschwindigkeit der Reaktion. Insgesamt findet der einzelne Niedergelassene seine Problemsituation hier am Ärztetag nicht wirklich gelöst.“

Dr. Otto Beifuss, Ebersfeld

■ „Beeindruckend fand ich die Eröffnung, den Medienrummel um Ulla Schmidt und interessant, was dann am Abend in der *Tagesschau* kam. Die Arbeitstagung erinnert an Schilderungen von 1848, an das erste Deutsche Parlament, wo viel geredet, aber die Zukunft verpasst wurde. Die vielen Änderungsvorschläge zum Ulmer Papier waren verwirrend, vor allem ohne die vorliegenden, gedruckten Anträge und die Abstimmung lief teilweise

zu schnell ab. Gut war, dass wir nicht alles einfach an den Vorstand überwiesen haben. Schlecht war, dass zum Beispiel beim Thema Demenz alles auf die Erkrankung ausgerichtet ist und nichts zur Prävention gesagt wurde. Generell spüre ich eine starke Polarisierung zwischen Haus- und Fachärzten und Klinikärzten, die sich in meinem Berufsalltag so nicht widerspiegelt.“

Dr. Jürgen Schott, Schweinfurt

■ „Die Eröffnung war relativ eindrucksvoll, auch wenn Frau Schmidt den Eindruck vermittelte, nicht wirklich an uns interessiert zu sein und uns besonders ernst zu nehmen. Die Arbeitstagung ist letztendlich ein ‚Zirkus‘, in dem es viel um Gruppeninteressen, Eitelkeiten Einzelner und Partikularinteressen, wie eben in vielen anderen Gremien auch, geht. Direkten Bezug zu meiner Arbeit hat das hier wenig – muss es aber auch nicht. Hier befassen wir uns ja mit den berufspolitischen Rahmenbedingungen und nicht mit der Patientenversorgung.“

Dr. Thomas Rösch, Traunstein

■ „Nach den Berichten über die vergangenen Ärztetage hatte ich mir mehr Zündstoff in den Eröffnungsreden erwartet. Alles war sehr moderat, die Ministerin nicht auf Konfrontationskurs, was wohl schon dem Wahlkampf geschuldet ist. Die Diskussion zum Ulmer Papier zeigte, dass es schwierig ist, einheitliche ärztliche Positionen hinzubekommen. Das gelingt uns beim Thema Stärkung des Arzt-Patienten-Verhältnisses, nicht aber bei berufspolitischen Positionen. Da herrschen zu viele Eigeninteressen vor. Vielleicht gäbe es weniger Probleme, wenn wir Ärzte wirkliche Freiberufler wären. Es muss auf jeden Fall eine öffentliche Diskussion geben, wohn unser Gesundheitssystem laufen soll. Persönlich ist es für mich hier am Ärztetag schwer, mich angesichts der Komplexität des Themas für Gesundheits- und Berufspolitik zu motivieren und nicht zu resignieren.“

Doris Wagner, Rosenheim